

# Öffentliche Bekanntmachung der Stadt Eggesin

## Satzung der Stadt Eggesin über die Erhebung von Verwaltungsgebühren (Gebührensatzung)

Auf der Grundlage des § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16.05.2024 (GVOBl. M-V S. 270) und der §§ 1, 2, 4, 5 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 14.03.2005 (GVOBl. M-V S. 91) in der Fassung vom 26.05.2023 (GVOBl. M-V S. 650) wird nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung Eggesin vom 12.12.2024 folgende Satzung erlassen:

### § 1 Allgemeines

1. Die Stadt Eggesin als geschäftsführende Gemeinde des Amtes „Am Stettiner Haff“ erhebt für Leistungen des eigenen Wirkungskreises der Stadt Eggesin und den Gemeinden des Amtes „Am Stettiner Haff“ Verwaltungsgebühren und Auslagen nach Maßgabe des in der Anlage enthaltenen Gebührenverzeichnisses dieser Satzung wenn Beteiligte hierzu Anlass gegeben haben. Entscheidungen über förmliche Rechtsbehelfe sind ebenfalls Verwaltungstätigkeiten.
2. Wenn ein auf Vornahme einer kostenpflichtigen Verwaltungstätigkeit gerichteter Antrag abgelehnt oder nach Aufnahme der Verwaltungstätigkeit vor der Entscheidung zurückgenommen wird, werden auch Gebühren erhoben.
3. Die Erhebung von Gebühren aufgrund anderer Rechtsvorschriften bleibt davon unberührt.

### § 2 Gegenstand der Gebühren

1. Die Höhe der Gebühren richtet sich nach dem Gebührentarif, der Bestandteil dieser Satzung ist.
2. Sind für die Festlegungen von Gebühren Mindest- und Höchstsätze bestimmt, so sind das Maß des Verwaltungsaufwandes und der Wert des Gegenstandes zur Zeit der Beendigung der Verwaltungstätigkeit zu Grunde zu legen.
3. Bei der Vornahme mehrerer gebührenpflichtiger Verwaltungstätigkeiten nebeneinander, ist für jede Verwaltungstätigkeit eine Gebühr zu erheben.
4. Die Gebühr für die Vornahme einer Verwaltungstätigkeit kann bis auf 10 % des vollen Betrages ermäßigt werden, wenn die Verwaltungstätigkeit
  - a) vor ihrer Beendigung zurückgenommen,
  - b) teilweise abgelehnt wird.
5. Wird ein Antrag wegen Unzuständigkeit abgelehnt oder er beruht auf unverschuldeter Unkenntnis, so bleibt die Gebühr außer Ansatz.
6. Wird eine zuvor abgelehnte Verwaltungstätigkeit auf einen Rechtsbehelf hin vorgenommen, so wird die für die Ablehnung erhobene Gebühr angerechnet.

### **§ 3 Gebühr für Widerspruchsbescheid**

1. Wird in einer gebührenpflichtigen Angelegenheit Widerspruch erhoben, so ist auch der Erlass des Widerspruchsbescheides gebührenpflichtig, wenn und soweit der Widerspruch zurückgewiesen wird. Die Gebühr beträgt höchstens die Hälfte der Gebühr, die für den angefochtenen Verwaltungsakt nach § 2 Abs. 1 dieser Gebührensatzung festgesetzt worden ist.
2. Der Berechnung ist je nach Arbeitsaufwand nur ein angemessener Teil der ursprünglichen Gebühr zugrunde zu legen, wenn der Widerspruch sich nur gegen einen Teil des Verwaltungsaktes richtet.

### **§ 4 Gebührenbefreiung**

1. Von Gebühren sind gemäß § 5 Abs. 6 KAG M-V befreit:
  - a) das Land, die Gemeinden, Landkreise und Gemeindeverbände, sofern die Leistung nicht ihre wirtschaftlichen Unternehmen betrifft oder es sich nicht um eine beantragte sonstige Tätigkeit auf dem Gebiet der Bauleitplanung, des Kultur-, Tief- und Straßenbaus handelt,
  - b) die Bundesrepublik und die anderen Länder, soweit Gegenseitigkeit gewährleistet ist,
  - c) die Kirchen- und Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts, soweit die Leistung der Verwaltung unmittelbar der Durchführung kirchlicher Zwecke im Sinne der Abgabenordnung dient.
2. Die Gebührenfreiheit nach Abs. 1 besteht nur, wenn die gebührenpflichtige Verwaltungsleistung notwendig ist, um Aufgaben zu erfüllen, die den in Abs. 1 genannten nach ihren Satzungen oder ihren sonstigen Rechtsvorschriften obliegen und soweit sie nicht berechtigt sind, die Verwaltungsgebühren einem Dritten aufzuerlegen.
3. Gebühren werden nicht erhoben für
  - a) mündliche Auskünfte,
  - b) Zeugnisse und Bescheinigungen in folgenden Angelegenheiten:
    - Besuch von Schulen
    - Nachweis der Bedürftigkeit

### **§ 5 Auslagen**

1. Sind bei der Vorbereitung oder der Vornahme einer Verwaltungstätigkeit besondere Auslagen notwendig, so hat der Gebührenschuldner sie ohne Rücksicht darauf, ob eine Gebühr zu entrichten ist, zu erstatten. Bei der Bearbeitung eines Rechtsbehelfes sind besondere Auslagen nicht zu erstatten, wenn diesem stattgegeben wird.
2. Als Auslagen gelten insbesondere:
  - Postgebühren für Zustellungen und Nachnahmen sowie für die Ladung von Zeugen und Sachverständigen,
  - erfolgt die Zustellung durch Bedienstete der Behörde, so werden die für die Zustellungen durch die Post mit Zustellungsurkunde entstehenden Postgebühren erhoben,
  - Gebühren für Ferngespräche und Telefax-Benutzung,
  - bei Dienstgeschäften entstehende Reisekosten,
  - Zeugen- und Sachverständigengebühren,
  - Beträge, die anderen Behörden oder Personen für ihre Tätigkeit zu zahlen sind,
  - Kosten der Verwahrung oder Beförderung von Sachen,
  - Kosten öffentlicher Bekanntmachungen,
  - Schreibgebühren für weitere Ausfertigungen, Auszüge, Fotokopien, Lichtpausen und Vervielfältigungen nach den im Gebührentarif enthaltenen Sätzen.

## **§ 6 Gebührenpflichtiger**

Zur Zahlung der Gebühr und zur Erstattung von Auslagen ist derjenige verpflichtet, der die Leistung beantragt oder veranlasst hat oder der die Kosten durch eine ausdrückliche Erklärung übernommen hat. Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.

## **§ 7 Entstehung der Gebührenpflicht**

1. Die Gebührenschuld entsteht, soweit ein Antrag notwendig ist, mit dessen Eingang, im übrigen mit Beendigung der gebührenpflichtigen Amtshandlung.
2. Die Gebühr- und die Auslagenerstattung werden fällig, wenn die Leistung vollendet ist und wenn die Entscheidung bzw. Genehmigung ausgehändigt wird.
3. Die Gebühr kann vor Vornahme der Amtshandlung gefordert werden, es kann Sicherheit verlangt werden.
4. Der Gebührenpflichtige soll möglichst vor der Leistung auf die Gebührenpflicht hingewiesen werden.

## **§ 8 In-Kraft-Treten**

1. Diese Gebührensatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
2. Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung der Stadt Eggesin vom 09.06.2011 außer Kraft.

Eggesin, den 13.12.2024

  
Schwibbe  
Bürgermeisterin



### **Hinweis:**

Gemäß § 5 Abs. 5 Kommunalverfassung M-V (KV M-V) kann ein Verstoß gegen Verfahrens- und Formvorschriften, die in der KV M-V enthalten sind oder aufgrund dieser erlassen wurden, nur innerhalb eines Jahres seit öffentlicher Bekanntmachung dieser Satzung geltend gemacht werden. Der Verstoß ist schriftlich unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, aus der sich der Verstoß ergeben soll, gegenüber der Stadt Eggesin geltend zu machen. Abweichend davon kann eine Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs- und Bekanntmachungsvorschriften stets geltend gemacht werden.

# Gebührentarif zur Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Eggesin

## Gebührentarif zur Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Eggesin

Lfd.Nr.	Gegenstand	Gebühr/Satzung
<b>1.</b>	<b>Vervielfältigungen</b>	
1.1.	Kopien bis zum Format A4	0,50 €
1.2.	bei mehreren gleichen Exemplaren für jedes weitere im Format DIN A 3	0,10 € 0,50 €
1.3.	bei mehreren gleichen Exemplaren für jedes weitere bei Betriebskostenbelege DIN A 4 je Seite	0,10 € 0,30 €
1.4.	Einscannen Format A 4	1,00 €
<b>2.</b>	<b>Amtliche Beglaubigungen, Zeugnisse, Bescheinigungen u. Ausweise</b>	
2.1.	Beglaubigungen von Unterschriften, Zeugnissen, Bescheinigungen u. Ausweise	5,00 €
2.2.	Begaubigung von	
2.2.1.	Vervielfältigungen, die mit Bürodruckgeräten hergestellt werden, Unterschriften und Vervielfältigungen, die mit Fotokopier- und ähnlichen Geräten hergestellt werden	
2.2.1.1.	je Seite des ersten Abdrucks	5,00 €
2.2.1.2.	zusätzlich für jeden weiteren Abdruck je Seite	2,00 €
<b>3.</b>	<b>Akteneinsicht</b>	
3.1.	Die Einsicht in Akten, Karteien, Register, Flurkarten und dgl., die von Privat- personen gewünscht wird, soweit sie nicht zur Einsichtnahme öffentlich ausgelegt sind und wenn in einer anderen Tarifzahl keine Gebühren vorgesehen sind, für jeden Fall	9,00 €
3.2.	schriftliche Auskunft zur Marktforschung und für wirtschaftliche Dispositionen und Prognosen Mindestgebühr	50,00 €
	je nach Aufwand bis maximal	200,00 €
<b>4.</b>	<b>Schriftliche Aufnahme eines Antrages oder einer Erklärung, die von Privat- personen zu deren Nutzen gewünscht wird (die Niederschrift über die von Rechtsbehelfen ist ausgenommen) je nach Aufwand</b>	8,00 € bis 23,00 €
<b>5.</b>	<b>Genehmigungen, Erlaubnisse, Ausnahmegewilligungen und andere zum unmittelbaren Nutzen der Beteiligten vorgenommene Verwaltungstätigkeiten, wenn keine andere Gebühr vorgeschrieben ist (je nach Aufwand)</b>	17,00 € bis 334,00 €
<b>6.</b>	<b>Verwaltungstätigkeiten, die nach Art und Umfang in der Gebührensatzung nicht näher bestimmt werden können und die mit besonderer Mühewaltung verbunden sind (je nach Aufwand) je 30 Minuten</b>	31,00 €
<b>7.</b>	<b>Ersatzstücke verlorener Hundesteuermarken</b>	5,00 €
<b>8.</b>	<b>Bescheinigungen über öffentliche Abgaben laufender und früherer Jahre</b>	8,00 €

9.	<b>Ausstellung eines Zeugnisses über gemeindliches Vorkaufsrecht nach § 24 und § 25 BauGB</b>	37,00 €
10.	<b>Sanierungsrechtliche Genehmigungen nach § 144 ff BauGB</b>	33,00 €
11.	<b>Prüfung genehmigungsfreier Bauvorhaben gemäß § 62 LBO M-V je nach Aufwand</b>	60,00 € bis 250,00 €
12.	<b>Erteilung Aufgrabeerlaubnis</b>	50,00 €
13.	<b>Unbegründete Nichtwahrnehmung eines Notartermins für eine Auflassung/ Identitätserklärung bzw. eines Kaufvertrages</b>	50,00 €
14.	<b>Vergabe von Hausnummern</b>	25,00 €
15.	<b>Vermögensverwaltung</b>	
15.1.	Vorrangseinräumungs-, Pfandentlassungs- und sonstige Erklärungen zu Gunsten von Grundpfandrechten Dritter, insbesondere gegenüber Vorkaufsrechten sowie Belastungsvollmachten	25,00 €
15.2.	Löschungsbewilligungen zugunsten von Grundpfandrechten Dritter	25,00 €
15.3.	Löschungsbewilligungen, Vorrangseinräumungs-, Pfandentlassungs- und sonstige Erklärungen für Rechte, die nicht unter die Ziffern 14.1. und 14.2. fallen	25,00 €
16.	<b>Archiv</b>	
16.1.	schriftliche Auskünfte aus archivierten Akten je Seite	5,00 €
16.2.	schriftliche Auskünfte aus personenstandsrechtlichen Unterlagen je Eintrag	14,00 €
17.	<b>Wohnberechtigungsscheine</b>	
17.1.	Erstausfertigung	12,00 €
17.2.	jede weitere Ausfertigung	5,00 €
18.	<b>Digitales Foto</b> Erstellung eines digitalen Fotos für Personalausweis und/oder Pass im Zuge der Neuausstellung	7,00 €